

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**27. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 27. September 2018**

**(16.00 Uhr bis 00.10 Uhr)**

Frage Nr. 1487 .....	16
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE: .....	16
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	16
<b>Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1425</b> .....	25
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	25
Stadtverordnete Stella Schulz-Nurtsch, SPD: .....	26
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	27
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU: .....	27
Stadtverordnete Hildegard Hübner, AfD: .....	29
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	29
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>30</b>
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE: .....	31
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1427 .....	32
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE: .....	32
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1429 .....	33
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	33
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	33
Stadtverordneter Martin Daum, CDU: .....	34
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	35
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE: .....	35
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE: .....	36
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1476 .....	37
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION: .....	37
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU: .....	38
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD: .....	39
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE: .....	39
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	40
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	41
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	41
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	42
5. Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt a Fortschreibung 2017 - 2023 .....	42
Vortrag des Magistrats vom 17.08.2018, M 148 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 11.09.2018, NR 650 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 4 vom 11.09.2018, OA 297 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 5 vom 21.09.2018, OA 313	
Stadträtin Sylvia Weber: .....	43
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE: .....	48
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER: .....	50
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF: .....	52
Stadtverordnete Hildegard Hübner, AfD: .....	54
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD: .....	55
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP: .....	58
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU: .....	60
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE: .....	62
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	64
Stadtrat Jan Schneider: .....	65

(Zurufe)

Und natürlich setzen Sie das durch den häufigen Gebrauch im Zusammenhang mit dem Islamismus inzwischen leider negativ konnotierte Adjektiv „fundamental“ vor Christen. Das tun Sie, um die Menschen, die sich dort versammeln, in eine bestimmte Ecke zu stellen. Dabei handelt es sich bei den Teilnehmern der Mahnwachen schlicht um bibelgläubige Christen, deren Fundament die Heilige Schrift ist.

(Beifall)

Das wiederum ist durchweg positiv zu bewerten. Denn wir kennen alle die Parabel von dem Haus, das auf Sand und nicht auf Felsen gebaut ist.

(Zurufe)

Drittens tun Sie kund, dass Sie bereits befürchtet haben, dass die Mahnwachen von den Initiatoren wieder angemeldet werden. Damit verdeutlichen Sie, dass es Ihnen nur vordergründig um die Persönlichkeitsrechte der Frauen geht, die pro familia aufsuchen. Nein, es stört Sie in erster Linie, dass der Lebensschutz wieder zum Thema gemacht wird.

(Zurufe)

Das kann ich Ihnen belegen, das ist kein Blödsinn. Hören Sie weiter zu.

GRÜNE und FDP haben die von ihnen gestellte Forderung nach einem Mindestabstand von 150 Metern zur Beratungseinrichtung doch selbst konterkariert, indem sie höchst selbst, sowohl GRÜNE als auch FDP, innerhalb der von ihnen geforderten Bannmeile Versammlungen für die nächsten 40 Tage angemeldet haben. Jetzt frage ich Sie einmal, Frau auf der Heide, liebe GRÜNE und liebe FDP, ob die Anonymität der Frauen und der Anspruch von pro familia auf einen reibungslosen Beratungsablauf dadurch gewährleistet werden, wenn die Gegendemonstranten jetzt genau dort ihren Popanz aufbauen, wo vorher die Mahnwache still und leise betete und sang.

(Beifall, Zurufe)

Das lässt doch nur den Schluss zu, dass Ihre Forderung nach einem Mindestabstand von 150 Metern zur Beratungsstelle zutiefst unehrlich ist. Es geht Ihnen lediglich darum, nicht genehme Meinungsäußerungen an dieser Stelle zu unterbinden. Dass Ihnen dazu offensichtlich alle Mittel recht sind, hat heute Morgen wieder der mit Fäkalien übersäte Versammlungsort der Mahnwache nur allzu deutlich gezeigt. Und ein Thorsten Herget, der im Kardinalskostüm und mit Strapse vor den Betern auf dem Platz in der Hocke die Beine spreizt, passt vielleicht zu den GRÜNEN, aber dass Sie, sehr verehrte Frau Rinn von der FDP, mit solch fragwürdigen Akteuren auf dem Platz gemeinsame Sache machen, wie die FR von heute dokumentiert, bleibt hoffentlich ein einmaliger Ausrutscher.

(Zurufe)

Anstatt also über die Plakatgrößen bei der Mahnwache zu jammern, sollten Sie sich lieber Gedanken darüber machen, mit wessen Geistes Kindern Sie sich dort verbünden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Abend!

Die Kolleginnen von der CDU haben die Empathie eines Kühlschranks. Im Zentrum steht - da widerspreche ich auch den GRÜNEN - die Frau und nicht das „ungeborene Leben“, also der Fötus oder der Embryo, wie man das früher nannte, das potenzielle Leben, wie ich das nennen würde. „Ungeborenes Leben“ ist ein ideologischer Begriff, auf den sich nach langen Diskussionen leider in den Neunzigerjahren SPD und GRÜNE eingelassen haben. Das ist ein großer ideologischer, politischer Erfolg der orga-

nisierten Abtreibungsgegner, die im Übrigen so viele Kinder kriegen, wie sie wollen, niemand zwingt sie zur Abtreibung.

Im Zentrum steht die Frau, ihre sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, ihr glückliches Leben und ihre Gesundheit. Das heißt, Beratung müsste freiwillig sein, aber Beratung ist derzeit Zwang, als ob ein weiblicher Mensch nicht in der Lage ist, selbst zu entscheiden. Könnten Männer Kinder kriegen, gäbe es keine Zwangsberatung, sondern Selbstentscheidung, das wissen wir alle.

Der § 218 und alle Paragraphen, die daran hängen, wie der § 219, müssen ersatzlos gestrichen werden. Das ist die alte Forderung der Frauenbewegung und dabei muss es auch bleiben. Ihr verrutscht hier im Kopf zum Teil schon ganz schön! Solange aber Konservative, neokonservative Kirchen, Fundamentalisten aller Variationen, die über Frauen herrschen wollen, die Beratung erzwingen und erzwungen haben, müssen Frauen, die zur Beratung gehen, vor Belästigung und Nötigung geschützt werden. Das ist das Mindeste, was die Stadt zu tun hat.

(Beifall)

### **Stadtverordnetenvorsteher**

#### **Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Hahn von der LINKE.-Fraktion. Bitte!

#### **Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren!

Ich habe soeben mitbekommen, dass der Antrag NR 612 - zumindest sollte es zum Ende des Abends so sein - durchgehen soll. Ich bin erfreut über die Tatsache, dass SPD und GRÜNE vorhaben, dem Antrag zuzustimmen. Es wurde im Ausschuss oft betont, dass die Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist. Natürlich muss das Recht auf Versammlungsfreiheit geschützt werden. Aber Freiheit und Recht eines Individuums dürfen nicht die Freiheit und das Recht eines anderen Individuums beeinträchtigen. Es ist also eine

schwierige Frage, die nicht nur auf rechtlicher Ebene durch Ämter geregelt werden soll, wie Herr Stadtrat Frank meint. Es ist vor allem eine politische Frage.

Wird das Recht auf anonyme Schwangerschaftskonfliktberatung gewährleistet, wenn eine Mahnwache direkt vor dem Eingang von pro familia stattfindet? Ich sage: Nein. Die Verlegung der Beratungsstelle, um die Anonymität zu gewährleisten, ist für die Beratungsstelle nicht zumutbar. Es ist viel einfacher, die Örtlichkeit der Mahnwache zu ändern. Haben Frauen ein Anrecht auf eine anonyme Schwangerschaftskonfliktberatung? Ja, natürlich. Im Jahr 2012 wurde der Rechtsanspruch auf anonyme Beratung auf alle Schwangeren ausgeweitet. Doch Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, haben nicht nur das Recht, sondern sind per § 219 Strafgesetzbuch verpflichtet, eine Beratung aufzusuchen.

Das heutige Abstimmungsverhalten der Koalition ist sehr aussagekräftig. SPD und GRÜNE haben vor, ausnahmsweise ein positives Votum zu geben, das nicht von der CDU verboten werden soll. Ich sage, das ist ein positives Zeichen. Liebe SPD und GRÜNE: Macht weiter so! Die CDU auf der anderen Seite hat heute mit der AfD abgestimmt und den Antrag NR 612 abgelehnt. Folgendes dürfen wir aber nicht vergessen: Vor vielen Jahren war es die CDU, die die Beratung im Strafgesetzbuch veranlasst hat, dass Schwangere, die einen Abbruch wünschen, dazu verpflichtet werden, sich beraten zu lassen. Das heißt, die CDU hat das am Anfang gefordert, heute aber kann die CDU sich nicht dazu durchringen, Frauen zu ermöglichen, diesen Termin anonym wahrnehmen zu können, obwohl das per Gesetz vorgeschrieben wird. Das ist ein Armutszeugnis der CDU. Für die LINKE. heißt es immer und überall: my body, my choice, no rollback, fight back und weg mit dem § 219a.

Danke!

(Beifall)

Frage Nr. 1487.....	16
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE:.....	16
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	16
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1425 .....	25
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	25
Stadtverordnete Stella Schulz-Nurtsch, SPD:.....	26
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	27
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	27
Stadtverordnete Hildegard Hübner, AfD:.....	29
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	29
Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	30
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE:.....	31
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1427 .....	32
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE:.....	32
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1429 .....	33
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	33
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:.....	33
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	34
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	35
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	35
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE:.....	36
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1476 .....	37
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	37
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU: .....	38
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	39
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE: .....	39
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	40
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	41
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	41
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	42
<b>5. Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt am Main</b>	
<b>Fortschreibung 2017 - 2023 .....</b>	<b>42</b>
Vortrag des Magistrats vom 17.08.2018, M 148	
<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 11.09.2018, NR 650	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 4 vom 11.09.2018, OA 297	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 5 vom 21.09.2018, OA 313	
Stadträtin Sylvia Weber:.....	43
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE:.....	48
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER: .....	50
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	52
Stadtverordnete Hildegard Hübner, AfD:.....	54
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	55
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP: .....	58
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU: .....	60
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	62
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>64</b>
Stadtrat Jan Schneider:.....	65

erfahren, welche Gründe zu diesem Anstieg führen und wie sich die Zahlen für Frankfurter Schülerinnen und Schüler gestalten. Die aktuelle Statistik zeigt aber auch, dass die Inklusionsquote im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung von 0,13 Prozent auf 0,17 Prozent angestiegen ist. Ich meine, dass der Elternwille für den inklusiven Unterricht hier erkennbar ist.

Wir sehen den Wunsch nach einer weiteren Förderschule in Frankfurt sehr kritisch. Auch die Entscheidung über eine eventuelle Erweiterung der Panoramaschule bedarf einer sehr gründlichen Prüfung. Wir sollten auf dem Weg zu mehr Inklusion keine Rückschritte machen. Wir GRÜNE halten aber klar am Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Förderort für ihr Kind fest, allgemeine Schule oder Förderschule ist die Entscheidung der Eltern.

(Beifall)

Wir sind in Hessen und in Frankfurt auf dem richtigen Weg. Inklusion wird von der Ausnahme zur Regel werden. Es gilt, diesen Weg weiter zu verbessern. Dazu wird zum Beispiel die Einführung der inklusiven Schulbündnisse beitragen. Der heutige Beschluss über die Fortschreibung des integrierten Schulentwicklungsplans mit fünf neuen Grundschulen, einer neuen IGS, einem neuen Gymnasium sowie einer neuen gymnasialen Oberstufe unterstreicht deutlich das rasante Wachstum in unserer Stadt. Aus den Erläuterungen der M-Vorlage ist auch klar ersichtlich, dass mehr als 50 Prozent der Eltern das Gymnasium als weiterführende Schule für ihre Kinder wählen. Der Bedarf für ein weiteres Gymnasium soll in der nächsten Fortschreibung des Schulentwicklungsplans aufgenommen werden. Im kommenden Schuljahr wird jedoch kein neues Gymnasium eröffnet werden. Die Dezernentin hat uns in der letzten Ausschusssitzung und auch heute versichert, dass für das kommende Schuljahr 2018/2019 genügend Plätze an Frankfurter Gymnasien vorhanden sein werden. Sie sprachen von freien Kapazitäten: Adorno-Gymnasium, Gymnasium Römerhof, Elisabethenschule, Schule am Ried und Freiherr-vom-Stein-Schule. Ich hoffe für die Familien, dass Ihre Rechnung aufgehen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Ulrich Baier:**

Vielen Dank, Frau Ross! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Ihm folgt Herr Stadtrat Schneider. Bitte schön, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Guten Abend!

Leider kann ich hier nicht ausführlich Stellung nehmen, aber man muss doch noch einmal grundsätzlich etwas sagen. Man hat das Gefühl, wir leben hier in einer heilen Welt. Das Gegenteil ist richtig. Hier wird ein international kritisiertes und gescheitertes Schulsystem, das nicht für alle Klassen und Schichten durchlässig ist, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Es gibt das System in Finnland, es gibt andere Alternativen, die da sehr viel weiter sind. Es ist eine Realität, die außerhalb dieses Raums ist. Hier ist es ein Kartell der etablierten Parteien bis nach ganz weit rechts, die sagen, wir wollen diese Schule behalten. Wir wollen diese Schulform, die Einigung, der Kompromiss, dass jeder seine Schulform behält, bleibt. Das Resultat ist: Jede Schulform ist ineffizient, weil sie Ressourcen verschwendet, weil nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind, weil nicht genügend Ausstattung in den Schulen, in die einzelnen Schulformen hineingenommen werden kann. Was wir brauchen ist eine Entscheidung. Schluss mit diesem Kartell der verschiedenen Interessenverbände. Es muss eine Entscheidung für eine Schulform, für die Integrierte Gesamtschule getroffen werden. Eine Differenzierung ist in dieser Schule möglich. Da können wir dann effizient arbeiten. Da müssen die Gelder hinein. Da muss die Entwicklung hineinfließen. Dieses ganze System ist auch eine Diskriminierung gerade derjenigen, der Schwächsten in dieser Gesellschaft. Es ist doch eine Farce, von Inklusion zu reden, wenn gleichzeitig von links bis rechts, ausgenommen vielleicht die Linkspartei, hier gefordert wird, die Förderschulen

müssen bleiben, wir wollen die Förderschulen sogar noch ausweiten.

(Beifall)

Man grenzt weiterhin einen Teil dieser Gesellschaft aus der normalen Schulbildung aus. Man lagert sie ab, in einer Sackgasse, von der jeder weiß: da, aus dieser Förderschule, kommen nur Ausnahmepersönlichkeiten heraus. Ihr Leben ist mit diesem Schulsystem abgeschrieben. Es ist einfach eine Erbärmlichkeit, wie in diesem Schulsystem, mit einem Teil der Menschen in dieser Gesellschaft, umgegangen wird und gleichzeitig hält man sich eine Eliteschule, staatliche Eliteschule, das ist das Gymnasium, da kommt nach Möglichkeit die gehobene Mittelschicht hin, man nimmt noch ein paar andere mit, und der Rest wird ausgesondert.

(Zurufe)

Das findet natürlich auch die AfD toll. Das findet die FDP toll. Aber dass die SPD da mitmacht, das ist schon traurig, dass die SPD nicht wieder zu ihrem alten Standpunkt eines klaren Schulsystems zurückfindet. Mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen. Mit Vielfalt hat diese „Tolerierung“, diese gegenseitige Fortführung, die sich nur behindert, die die Pädagogik behindert, die die ganzen soziologischen Ausführungen zu einem Schulsystem nicht berücksichtigt, nichts zu tun. Wir können in keiner Weise sehen, weder was die Inklusion, die ein gesetzlicher Auftrag ist, noch was die Erfüllung der Diskriminierungsrichtlinie - es gibt viele andere Sachen -, noch die Erfüllung der Menschenrechte, alle Menschen sind gleich, angeht, dass das dieses Schulsystem erfüllt. Es differenziert weiterhin nach Klassen und Schichten, es holt nicht das Optimum heraus, es schafft nicht das Optimum einer Lernumgebung für alle Kinder, für alle Schwierigkeiten, für alle notwendigen Differenzierungen, die wir haben könnten, wenn wir ein Schulsystem hätten. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Man kann nur hoffen, dass Sie irgendwann dieses Kartell der Herrschenden in der Schulfrage aufbrechen können.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Ulrich Baier:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtrat Schneider. Bitte schön!

**Stadtrat Jan Schneider:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren!

Zu fortgeschrittener Stunde will ich noch einmal kurz zum Gegenstand der Beratungen, zum Schulentwicklungsplan zurückkehren und weg von der schulpolitischen Grundsatzdiskussion, Herr Zieran. Außerdem will ich ein paar Sätze zum Amt für Bau und Immobilien sagen. Es wurde heute schon mehrfach erwähnt, am Ende ist es das Amt für Bau und Immobilien, das zum Schluss das bauen muss, was Sie heute mit dem SEP gewissermaßen als Bestellschein auf den Weg bringen.

Es ist zweifellos so, dass wir insgesamt vor einer riesigen Herausforderung stehen. Mit mir meine ich jetzt ausdrücklich die Kollegin Weber und mich. Wir beide haben, jeder für sich, mit diesem immensen Anstieg der Schülerzahlen ein extrem großes Päckchen zu tragen. Das gilt für die Pädagogen oder für das Stadtschulamt für den Bereich der pädagogischen Grundlagenplanung und bei der Erarbeitung des Schulentwicklungsplans. Es gilt dann später, wenn der Schulentwicklungsplan beschlossen ist, so wie es heute der Fall sein wird, wenn wir in die Umsetzung gehen. Dass es eine große Herausforderung ist, sagen wir seit mindestens zwei bis zweieinhalb Jahren. Natürlich ist es so, dass man in solch einer angespannten Situation, wo jeder weiß, vor welcher Herausforderung man steht und wo man weiß, welche Verantwortung man trägt, alle Beteiligten durchaus unter Druck stehen. Das führt hin und wieder einmal dazu, dass es vielleicht auch etwas hoch hergeht. Aber am Ende liegt es immer daran, dass man gemeinsam weiß, dass man dieses Problem irgendwie schultern muss. Da kann man eben hin und wieder auch einmal in Wallung geraten. Das zeigt

6.1 Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 05.09.2018 zur Reduzierung der Stickstoffdioxidmissionen in Frankfurt am Main .....	68
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 12.09.2018, NR 655 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 26.09.2018, NR 662	
6.2 Rechtsmittel gegen Dieselfahrverbote.....	68
Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 13.09.2018, NR 653	
<b>6.3 Dieselfahrverbot für Frankfurt abwenden! .....</b>	<b>68</b>
Antrag der BFF gemäß § 17 (3) GOS vom 19.09.2018, NR 657	
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	68
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	71
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	73
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	76
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	77
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	81
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	83
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	85
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	87
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>89</b>
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	91
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	92
7. Inakzeptable Äußerungen des Bürgermeisters.....	95
Antrag der AfD vom 24.08.2018, NR 634	
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	95
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker: .....	98
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	101
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	102
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	104
8.1 Autonomes Caricatura Museum .....	106
Antrag der FRAKTION vom 12.06.2018, NR 601 <u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 12.09.2018, NR 651	



Unser oberstes Leitprinzip ist deshalb: Den Dieselbesitzern darf bei der Lösung der Dieselkrise, egal wie diese aussehen wird, keinerlei Schaden entstehen. Konkret positionieren wir uns wie folgt. Erstens: Wir unterstützen die geplante Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten. Zugleich verurteilen wir jene Politik, der wir die Diesel-Urteile verdanken. Zweitens: Wir fordern eine Einflussnahme über die Parteischieden mit dem Ziel, in Brüssel eine zusätzliche Fristverlängerung der Grenzwerte zu erzielen. Diese ist notwendig, da bei der Festlegung der Grenzwerte der technische Fortschritt einfach zu optimistisch prognostiziert wurde - offensichtlich. Drittens: Wir fordern eine Überprüfung sämtlicher Messstationen. Bekanntlich wird in vielen deutschen Städten nachweislich gegen Normen verstoßen. Viertens: Wir fordern mehr Nachdruck bei der Ausschöpfung sämtlicher Handlungsoptionen zur Luftverbesserung. Manches sollte dabei zusätzlich oder neu gedacht werden oder wieder neu gedacht werden, so zum Beispiel statt Stadtautoverkehr einseitig zu drangsaliieren, sollte es eine kluge Steuerung des Verkehrsflusses geben. Viel Stau und viel sinnloser Halt vor Ampeln bedeutet viel NO<sub>2</sub>. Statt den Flugverkehr auszuweiten, sollten Stadt und Land auf einen raumverträglichen Flughafen setzen.

(Beifall)

Zu guter Letzt lege ich für die AfD noch ein Bekenntnis ab. Erstens: Die AfD steht an der Seite der Dieselfahrer, die von grüner Ideologiepolitik bedroht sind. Zweitens: Die AfD steht hinter der Dieselschuld. Hier hat Deutschland einen technologischen Spitzenplatz, den es zu erhalten und auszubauen gilt. Es geht um Hunderttausende hoch qualifizierte Arbeitnehmer, die viele Steuern zahlen und das Sozialsystem stützen.

(Beifall)

Die deutschen Dieselmotoren sind besonders sparsam im Verbrauch und haben einen hohen Wirkungsgrad. Das Potenzial, den NO<sub>2</sub>-Ausstoß signifikant zu reduzieren, ist vorhanden. Bereits bei der Abgasnorm Euro 6 ist dies festzustellen. Im Übrigen kann ich allen Autofahrern nur empfehlen, bei nächsten Wahlen darauf zu achten, wer die Dieselfahrer an der Nase herumgeführt hat, wer Autofahrer auf mannigfaltige Weise

drangsaliert und wer die Zukunftsfähigkeit des Industrielandes Deutschland mit überzogenen Ökozielen gefährdet.

Danke schön fürs Zuhören!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundschuh:**

Vielen Dank, Herr Stammwitz! Das Wort hat nun Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL. Ihm folgt Herr Daum von der CDU. Bitte schön, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Es ist erstaunlich, wie die AfD die Situation umdreht. Braune Ideologie ist doch das Entscheidende, was Ihre Verkehrspolitik ausmacht.

(Zurufe)

Braun deshalb, weil Sie am weitesten gehen in der Ignoranz der Gesundheit der Menschen. Es interessiert Sie überhaupt nicht. Die Grenzwerte sind zu hoch. Wir können das jetzt nicht so schnell machen. Also senken wir sie. Da gehen wieder so und so viele Menschen kaputt. Dieses Kalkül geht in Ihre Politik ein. Aber mehr will ich zu Ihnen gar nicht sagen. Das interessiert mich eigentlich nicht.

Die Bundesebene ist klar. Da redet jeder hier darüber, dass das Autokapital kriminell gehandelt hat. Nur, dass die Politik dieses kriminelle Handeln nicht stoppt. Interessant ist, um jetzt gleich auf die Stadtebene zu kommen, das finde ich jetzt viel interessanter, dass die GRÜNEN einem gemeinsamen Antrag zustimmen, wo man erst einmal die Einschätzung hören will, welche Folgen dieses Urteil hätte. Das ist wirklich der Witz des Jahrhunderts. Dass die Luft Menschen in dieser Stadt kaputt macht, ist seit den Achtzigerjahren bekannt. Es gibt seit den Achtzigerjahren Auseinandersetzungen in dieser Stadt über Blei, über andere Kisten, die Menschen hier belästigt haben, Feinstaub, und jetzt sind

wir bei Stickoxiden. Das ist alles nichts Neues. Jetzt kommen die GRÜNEN und sagen: „Ja, wir müssten eigentlich...“ Eine scheinradikale Rede und in der Praxis wird ein Antrag gemacht, der nur eines heißt: Leute, wir sind uns nicht einig, schiebt alles weg. Die Menschen dürfen weiter in Frankfurt krank werden. Die Gesundheit interessiert uns nicht, ob das Krebsfolgen und andere Geschichten sind, alles ist völlig gleichgültig. Das ist eine ähnliche Politik, wie wir sie im Umweltbereich kennen, wo wir dann das grüne Wohnzimmer auf der einen Seite haben und auf der anderen Seite werden Frischluftschneisen zugeballert. Die Situation der Menschen, die Lebensqualität in dieser Stadt, verschlechtert sich. Das ist die Situation. Das braucht man gar nicht weiter zu vertiefen.

Dann kommen die GRÜNEN mit abgasfreien Autos und mit E-Mobilität wird dann hier argumentiert. Das löst doch das Autoproblem nicht. Das Auto ist auch ein Problem des Raumes. Es geht nicht nur um den Parkraum. Natürlich geht es auch darum, um die Verteilung des öffentlichen Raums, aber der Stadtraum ist nicht unendlich. Entweder ist er für die Autowirtschaft, die Autos da - wo noch übereinander stapeln? -, oder wir sagen endlich - das wäre eine angemessene ökologische Politik -, die Innenstadt muss autofrei sein.

(Beifall)

Private Autos, Autos der Pendler haben in der Innenstadt nichts mehr zu suchen. Die Innenstadt muss dicht gemacht werden, außer für Transporte mit Sondererlaubnis. Wenn wir das machen, wenn wir sagen, da könnt ihr nicht mehr hinein, da machen Park-and-ride-Plätze auch Sinn, sonst machen sie keinen Sinn. Auch das ist keine Neuigkeit. Diese Konzepte sind durchgetestet worden. Die gibt es haufenweise in Europa. Die Stadt Zürich wendet sie in der Praxis an. Die Stadt Zürich sagt, wenn so und so viele Autos in der Stadt sind, machen wir dicht. Dann kommen keine Autos mehr hinein. Punkt, aus, Schluss. Das ist auch eine Möglichkeit. Ich finde das nicht optimal, aber immerhin hat sich jemand einmal etwas ausgedacht, wie man mit der Problematik umgehen kann, und lässt nicht einfach Menschen an Abgasen, Auspuff und Autolawinen kaputtgehen.

(Zurufe)

Ja, das ist hier so. Die Leute sind schon in Feiertagsstimmung oder in was weiß ich für einer Stimmung. Bettstimmung ist vielleicht eher angesagt. Interessiert hier auch nicht.

Der Schutz vor Dieselfahrern, wie es hier schon gesagt wurde, interessiert überhaupt nicht, was da an Giften herauskommt. Hier wird nur wahltaktisch gedacht. Man braucht diese Wahlstimmen. Es geht nicht um die Gesundheit dieser Menschen. Dass sie sich auch selbst kaputt machen, interessiert gar nicht. Das geht hier so unter.

Eine andere Überlegung, dass man sagt, keine Klagen, eigentlich könnte nur das der Standpunkt der Stadt Frankfurt sein. Es darf keine Klagen geben. Die Stadt Frankfurt setzt sich dafür ein, dass sofort in dieser Stadt, so lange die Bundesregierung durch den CSU-Verkehrsminister handlungsunfähig ist, und die anderen, SPD und CDU, das nicht erzwingen, gehandelt wird. Sie kann nicht auf der Ebene der Hardwareumrüstung handeln, also muss sie Fahrverbote aussprechen, das ist die einzige Möglichkeit, die sie hat. Dann kann sie darüber nachdenken, wie kann ich die Folgen für die Dieselfahrer mildern, wie kann ich durch materielle oder andere Hilfen diesen Menschen helfen oder eben durch eine Entwicklung des ÖPNV, dass wirklich die Möglichkeit geschaffen wird, von draußen hier gut hineinzukommen. Das wäre eine ehrliche Politik, die auch das Menschenrecht der Unversehrtheit des menschlichen Körpers garantiert und gerecht wird, aber das interessiert hier eh kaum noch jemanden. Die Menschenrechte sind hinten drin im Kopf, die vielen Vorschläge, die von Römerfraktionsseite kommen oder von sonst wo kommen, ich glaube nicht, dass die hier irgendjemanden interessieren oder gar umgesetzt werden.

Aber ich will eines sagen: Ich meine, so sehr man den Genossen Oesterling angreifen kann, er hat auch interessante Ideen. Die eine interessante Idee ist, nur eine Fahrspur in der Friedberger Landstraße, die GRÜNE, LINKE. und SPD auch schon ab den Achtzigerjahren gefordert haben, endlich umzusetzen. Für mich ist gar nicht das Wichtige die breite Fahrradspur, aber die ist auch wichtig.

Es gibt viele Fahrradfahrer. Das Wichtige ist, dass dort weniger Autos durchkönnen und dass wir damit vielleicht auch durch Dieselmaßnahmen eine Abgasminderung bekommen. Aber nur, wenn du das bald machst, nicht erst in zwei oder drei Jahren. Dann gehen wieder so und so viele Menschen kaputt an dieser Giftschneise in Frankfurt, die die Friedberger Landstraße ist. Also handelt endlich, tut endlich etwas für die Gesundheit der Bürger hier in Frankfurt. Das hat Priorität und nicht das materielle Wohl und Weh der Dieselfahrer.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Das Wort hat jetzt Herr Daum von der CDU. Bitte schön, Herr Daum!

**Stadtverordneter Martin Daum, CDU:**

Ich hatte tatsächlich irgendwie die Hoffnung, wir diskutieren hier heute ein bisschen an der Sache und ein bisschen im Konkreten. Aber dann muss ich sagen, meine Kollegen, die hier gesprochen haben, der sehr geschätzte Kollege Emmerling, greifen erst einmal in die verkehrspolitische Geschichte und erzählen schöne Dinge von früher. Na ja, gut, einen Teil hat er dann noch konkret gemacht. Aber dann kommt der Kollege Siefert und ich habe ehrlich gesagt selten eine so selbstverliebte Rede gehört. Denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass ihr mit Krokodilstränen hier steht, sagt, was alles nicht funktioniert hat, was alles nicht umgesetzt worden ist, und ich denke mir, seid ihr in Hessen mit dabei oder seid ihr nicht mit dabei und stellt ihr nicht schon seit Jahren, wie Klaus Oesterling gesagt hat, den Verkehrsdezernenten oder stellt ihr den nicht? Soweit ich weiß, aber da lasse ich mich gerne korrigieren, funktionieren Koalitionen so, dass Koalitionsverträge abgeschlossen werden. Da schreibt die eine Partei etwas hinein, die andere Partei, man einigt sich darauf ...

(Zurufe)

Kommt gleich. Nicht reinrufen, das bringt auch nix. Selbstverliebte Leute, das kann manchmal vorkommen. Aber so selbstverliebt zu sein, dass man nicht erkennt, dass man im Zentrum des Geschehens steht, selbst am Handeln ist und jetzt hier steht und sagt, das konnte nicht umgesetzt werden, und das konnte nicht umgesetzt werden, die böse CDU, die böse SPD, alle sind böse. Nur die GRÜNEN in ihrer Gutmenschenart, bei denen ist alles in Ordnung. Das ist nicht so, liebe GRÜNE.

(Beifall)

Vielleicht habt ihr in den Koalitionsvertrag etwas Falsches hineingeschrieben, was dann nicht abgearbeitet werden konnte. Das kann sein. Da sind wir nämlich bei der Berliner Straße. Klar, man kann Koalitionsverträge so und so lesen, aber in diesem Koalitionsvertrag steht drin, es wird eine Zweispurigkeit der Berliner Straße erhalten. Das steht darin. Eine Zweispurigkeit ist keine 1,5-Spurigkeit und ist auch keine Einspurigkeit. Wenn das im Koalitionsvertrag drinsteht, dann muss man sich an die Verhandlungsführer in der Koalition wenden und sagen, ihr habt vielleicht schlecht verhandelt, aber das, was drinsteht, wird umgesetzt. Da steht eben genau das drin und deswegen muss man sich jetzt hier nicht beklagen, dass in der Berliner Straße der Fahrradweg nicht kommt.

(Beifall)

Dazu ist auch noch zu sagen, dass ich es dreist fand, sich hier hinzustellen und zu sagen, weil die Friedberger Landstraße und die Berliner Straße nicht einspurig werden, haben wir jetzt die bösen Abgase. Bekanntermaßen stehen auf der Friedberger Landstraße nicht die Frankfurterinnen und Frankfurter, zumindest die am wenigsten, sondern die Pendlerinnen und Pendler. Diese würden auch da stehen, wenn drei Fahrradwege nebeneinander gebaut würden. Die fahren nämlich nicht mit dem Fahrrad nach Frankfurt hinein und auch wieder hinaus.

(Beifall)

Aber wenn wir eine Spur hätten, sehen wir zumindest die Gefahr, dass es dann an der

6.1 Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 05.09.2018 zur Reduzierung der Stickstoffdioxidmissionen in Frankfurt am Main .....	68
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 12.09.2018, NR 655 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 26.09.2018, NR 662	
6.2 Rechtsmittel gegen Dieselfahrverbote.....	68
Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 13.09.2018, NR 653	
6.3 Dieselfahrverbot für Frankfurt abwenden! .....	68
Antrag der BFF gemäß § 17 (3) GOS vom 19.09.2018, NR 657	
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	68
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	71
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	73
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	76
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	77
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	81
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	83
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	85
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	87
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	89
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	91
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	92
<b>7. Inakzeptable Äußerungen des Bürgermeisters.....</b>	<b>95</b>
Antrag der AfD vom 24.08.2018, NR 634	
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	95
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker: .....	98
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	101
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	102
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>104</b>
8.1 Autonomes Caricatura Museum .....	106
Antrag der FRAKTION vom 12.06.2018, NR 601 <u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 12.09.2018, NR 651	

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Noch einmal schönen guten Abend!

Ich finde es ziemlich überflüssig, dass hier einzelne Rednerinnen oder Redner versuchen, in der Logik von Herrn Becker zu reden und alles nur noch schlechter zu machen. Ich bin auch nicht der Meinung, dass Antifaschismus eine Frage von guten Manieren ist, und wir bekämpfen die Nazis nicht, indem wir höflich zu Ihnen sind. Diese Kindergartenbeispiele finde ich in dieser Auseinandersetzung völlig verfehlt, um die es gegenwärtig geht.

Aber der erste Punkt ist, dass ich gerne ein paar kritische Anmerkungen zu Herrn Beckers, in großen Teilen sehr gutem Vortrag sagen möchte, aber eben speziell zu dem, was doch immer auffällt.

Wir sind uns - und da überschneiden sich gelegentlich unsere Argumentationen - in der Darstellung des unendlichen Leids ermordeter Juden und anderer Opfer der NSDAP und des Naziregimes einig. Mir fehlt aber dabei etwas. Das merkt man spätestens dann, wenn Sie sagen, wen Sie ehren wollen oder wen Sie verehren, wenn dann die Helden vom 20. Juli 1944 genannt werden. Ich habe mich für mein Buch über adligen Antisemitismus über Jahre sehr intensiv mit dem Verhältnis des Adels zum Faschismus und der Kooperation auseinandergesetzt. Wenn Sie lesen, was Stauffenberg und andere geschrieben, gesagt und getan haben, um Hitler zu stützen, weil sie dachten, er arbeitet für ihre Interessen. Es ging um mehr Raum im Osten und andere herrschaftspolitische Interessen. Wenn Sie dann lesen, welche Denkschriften diese Widerständler zum größeren Teil - es gibt auch ein paar Ausnahmen - darüber geschrieben haben, was sie aus Deutschland nach dem Krieg machen wollen, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun. Es waren verquaste verschiedene Formen von monarchistischen Konzeptionen.

(Beifall)

Diese glühende Überschätzung finde ich maßlos. Ich meine, Stauffenberg hätte doch einfach nur mit seiner Aktentasche im Raum bleiben müssen, oder? Aber diejenigen, die wirklich etwas riskiert haben, wie

Georg Elser, werden von Ihnen nicht erwähnt.

(Zurufe)

Nie erwähnt werden kommunistische Widerständler, anarchistische, sozialdemokratische Widerständler. Sie fallen immer flach unter diesen hehren Helden, die ihren heutigen Heiligenschein unter anderem Marion Gräfin Dönhoff zu verdanken haben, die in den 50er- und 60er-Jahren jahrelang hart dafür gearbeitet hat, den Ruhm der Verwandtschaft zu ehren, und auch dafür gab es Gründe.

Was nicht erwähnt wird - Herr Becker, ich bitte Sie ernsthaft, das ist keine Polemik -, was mir absolut fehlt in diesem Parlament und diesen Diskussionen, ist die Auseinandersetzung mit den Tätern in dieser Stadt. Bei der ganzen verdammten neuen Altstadt-Diskussion wurde überhaupt nicht mehr darüber geredet, dass die NSDAP in dieser dann zerbombten Altstadt ihre höchsten und frühesten NSDAP-Wähleranteile hatte. Es wird überhaupt nie darüber geredet, wo die Aufarbeitung von Frankfurter Vereinen stattfindet. Schauen Sie sich an, was für antijüdische Vereinssatzungen es bis hinunter zum Kindergartenverein in Frankfurt gab. Das wurde nicht aufgearbeitet. Was ist mit der Industrie- und Handelskammer? Was ist mit deren Beteiligung an Arisierungsjahren? Nichts. Selbst die Tatsache, dass die Stadt Frankfurt selbst von Arisierungsjahren profitiert hat, ist erst letztes Jahr langsam ein Thema geworden, weil ein fleißiger Stadtführer es erforscht hat - ich glaube, er heißt Herr Wesp, ein Wissenschaftler. Dann schämt man sich nicht, sondern sagt, oh, wie schön, dass das einmal jemand entdeckt hat. Hat denn wirklich jemand geglaubt, dass das alles hier nicht stattgefunden hat? Und was ist mit der Provenienzforschung in Frankfurter Museen? Wie viele Stellen gibt es dort wirklich? Wie spät haben sie überhaupt angefangen? Das gilt aber für die gesamte Kunstgeschichte. Der komplette Täterbereich wird nicht angesprochen.

Ich habe inzwischen begriffen, dass es ein struktureller Fehler ist. Man kann nicht gegen Nazis kämpfen, wenn man nicht darüber redet, woher sie kommen, welche Interessen sie haben, welche Vorläufer sie haben, welche Lehrer, welche Familien, welche Vorbil-

der in der Justiz, in der Familie, der Verwandtschaft oder sonst wo es gibt. Ich kenne die Beispiele. In meiner reizenden Verwandtschaft gibt es Leute, glühende Rassisten, die findet man mit ihren honorigen CDU-Positionen gerne an einem neuen Gedenkstein für die ermordeten Juden. Aber rede nicht von den Tätern in ihrer eigenen Familie, dann wirst du gewissermaßen unter Bann gestellt und mit allen Formen der sozialen Achtung bestraft. Das ist die Trennlinie.

Die Rührseligkeit und der Angriff gegen die richtigen Leute. Elitäre Faschisten haben nicht - das ist jetzt nur eine Kritik an der Metapher -, Herr Becker, die „Marschstiefel im Kopf“, sondern die feinen Leute, die nach 1945 in der Bundesrepublik überlegt haben, wie sie mit ihren menschenverachtenden Positionen weitermachen, wussten, dass es gerade schlecht für das Geschäft ist, wenn eine Exportnation, die sich gerade auf tut und viel Unterstützung aus den USA erhält, hin und wieder gefragt wird, was macht ihr da, was sind das für Leute in welchen Positionen? Da ist man vorsichtig und taktisch.

Aber was haben denn diese ganzen Feine-Leute-Klubs in Städten wie Hamburg, München und anderswo gemacht? Wo haben sich denn alte Nazis mit Armeeangehörigen, führenden Wehrmachtsoffizieren, mit Adligen, mit neuen und jungen Geschäftsleuten getroffen? Wo wurden denn diese Linien geschmiedet, die heute plötzlich - es gibt Personenidentitäten in Gestalt der AfD oder andere faschistische Organisationen - wieder hochploppen? Woher kommen ihre Schulen, woher kommen die Denkbauwerke?

Hier in diesem Haus ist doch einem der Vorreiter des NS-Faschismus, einem glühenden Antisemiten, in den Achtzigerjahren der Goethe-Preis verliehen worden. Und auch der SPD-Dezernent Hoffmann, der sich in die Enthaltung gerettet hat, konnte überhaupt nicht verstehen, was unsere Probleme mit jemandem sind, der sagt, das Schwert gegen die Juden sei noch nicht stark genug ange-setzt, und was er nicht alles an Bergen von Literatur dieser Art geschrieben hat.

Dieses so tun, als ob es hier die reine demokratische Gesellschaft gibt, und dann kommen plötzlich, wahrscheinlich wieder vom Mars, Faschisten an, und gegen die muss

man jetzt gemeinsam kämpfen, hat eine große verlogene Seite, weil sie nicht schaut, ob die Grenzbeschreibungen überhaupt stimmen. Was machen Sie denn, Herr Becker? Ich meine jetzt gar nicht Sie. Was macht denn die CDU, Herr von Löwenstein und andere? Der CDU-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, also nicht in einem Provinzdorf irgendwo im Südschwarzwald oder in Brandenburg, hat erklärt, dass er sich eine Koalition mit der AfD vorstellen kann. Wir wissen doch alle, dass auch hinter der Abwahl von Herrn Kauder durchaus Interessengruppen stecken, die sich solche Sachen vorstellen können und schon einmal den Weg bereiten für diese Möglichkeit. Ich spreche nicht von festen Plänen, sondern von einer Möglichkeit. Selbstverständlich hat die Feistigkeit der AfD, mit der sie hier sitzt und argumentiert, auch damit zu tun, dass die das genau wissen, sind sie doch zum Teil Fleisch von Ihrem Fleische.

Ich erinnere an die Debatte mit Herrn Schenk und seiner Verehrung für den Antisemiten Hohmann und die Juden als „Tätervolk“. Hier enden all die Debatten, die jetzt über fast 20 Jahre gelaufen sind und bei denen Sie alle gesagt haben, wir haben eine abwegige Minderheitenmeinung, weil wir gesagt haben, dass es größer wird. Woher kommen denn Herr Hemzal und Herr Glaser? Wir haben alle auch den Weg dieses misanthropen Antifeministen Herrn Rahn hier im Römer als kollektives Erlebnis verfolgen können, wie sozusagen der Posten und die gesellschaftliche Anerkennung und das Geld einen notfalls dann auch ganz ins braune Lager ziehen. Das ist die praktische Erfahrung, die wir ausnahmsweise in diesem Raum gemeinsam erlebt haben.

(Beifall)

Also bitte nicht nur ehrenvolles, rührseliges Gedenken, wenn es gegen Faschisten geht. Selbstverständlich ist die AfD eine faschistische Partei und sie will, dass die Herren Höcke, Poggenburg und Gauland und Frau Weidel und wer nicht alles beachtet werden, wer das bestreitet, ist entweder so strunzdumm, dass er kein ernst zu nehmender Gesprächspartner ist, oder er lügt. Das macht es auch nicht sehr viel besser.

Danke!